1

Sibylle Kathriner

2

ALTE PFARRHELFEREI, LUNGERN

Wohnen im einstigen Abbruchobjekt

«Wir geniessen die Lebensqualität in den historischen Räumen, die das vermeintliche Abbruchobjekt nach dem Umbau bietet.» So das Fazit der Familie Bürgi, die im Jahr 2000 die alte Pfarrhelferei in Lungern OW gekauft und in der Folge renoviert hat. **Erich Vogler, Präsident Obwaldner Heimatschutz**

Die alte Pfarrhelferei wurde 1867 im spätklassizistischen Stil errichtet. Sie steht in Lungern direkt neben dem Eibach, welcher am 22. Juli 1887 über die Ufer trat und die damalige Pfarrkirche stark beschädigt hatte. Aufgrund dessen entschied die Lungerer Bevölkerung, am südlichen Dorfende eine neue Kirche samt Pfarr- und Sigristenhaus zu errichten. Die damals erst 20-jährige Pfarrhelferei blieb aber am alten Standort und verlor ihre Funktion erst Mitte der 1980er-Jahre, als Lungern keinen Pfarrhelfer mehr hatte. Im Jahr 2000 wurde das Haus verkauft. Das damalige äussere Erscheinungsbild schreckte nahezu jeden Kaufinteressenten ab. Es hinterliess bei der Bevölkerung den Eindruck eines nicht erhaltenswerten Abbruchobjekts.

Die heutigen Besitzer, die Berufsschullehrerin Sylke Kaske-Bürgi und der Architekt Frank Bürgi, stellten jedoch bei einer genaueren Zustandsanalyse das Gegenteil fest und entschlossen sich zum Kauf. 2004/05 wurde das Haus formell unter Denkmalschutz gestellt und restauriert. Im Zuge der Aussenrenovation konnte hinter der Schindelverkleidung eine Wärmedämmung angebracht werden.

Der für seine Bauzeit typische zweigeschossige, kubische Baukörper mit Vollwalmdach thront über einem massiven Sockelgeschoss. Die symmetrisch ausgestalteten Fassaden werden durch Ecklisenen und horizontale Bänder oberhalb der Fenster gegliedert.

Das Haus war ursprünglich im klassizistischen Sinne als verputzter Riegelbau errichtet. Der schlechte Baugrund führte aber zu einseitigen Setzungen von mehreren Zentimetern in Richtung Strasse und See. Dies hatte Risse im Aussen- und Innenputz zur Folge, weshalb man die Fassade um 1900 mit einer Holzschalung und einem Holzschindelschirm versah. Aus dieser Zeit stammen wohl auch die aufwendigen Parkettböden und die Verkleidungen mit gestemmtem Wandtäfer. Betreten wurde das Haus ursprünglich von der Brünigstrasse her. Heute befindet sich der Eingang auf der Rückseite. Die vorgefundene Struktur und Raumeinteilung blieb bis heute erhalten. In diesem grosszügigen Haus umfasst das Raumprogramm neben den Kellerräumen Küche, Bad und sechs Zimmer.

Die beiden Hauszugänge liegen in der Mitte der breiteren Fassadenseiten und sind über einen zwei Meter breiten Mittelgang miteinander verbunden. Diese Typologie – rechteckiger Grundriss mit mittigem Eingang – ist typisch für klassizistische Bauten und hat von der Bürgerhaus- und Schlossarchitektur den Weg in die einfacheren Bauernhäuser der Region gefunden. Ansonsten folgt die Grundrissorganisation noch derjenigen in ortstypischen Bauernhäusern.

Alle Zimmer sind mit Parkett- oder Tannenriemenböden ausgestattet, mit knie- oder raumhohem Kassettentäfer ausge-

kleidet und zum Teil mit integrierten Wandschränken versehen. Die Täfer sind im Wohngeschoss weiss gestrichen und im zweiten Stock mit naturbelassenem Holz einfacher gestaltet. Die historischen Fenster wurden zu Schallschutzfenstern aufgedoppelt. Mit den restaurierten Vorfenstern präsentiert sich das Haus im früher üblichen «Winterkleid». Neben einer wärmedämmenden übernehmen die Vorfenster zugleich eine schalldämmende Funktion.

Mit moderatem Aufwand renoviert

Renoviert wurde das Haus behutsam. Die Eingriffe beschränkten sich auf die Erneuerung der Haustechnik und die Neugestaltung von Bad und Küche. Die historischen Wand- und Deckenverkleidungen konnten nach geringfügigen Reparaturen neu behandelt werden. Einzig der weisse Kachelofen im Wohnzimmer musste neu aufgesetzt werden. Im zweiten Obergeschoss verdecken heute Gipsplatten die vorgefundenen historischen Papiertapeten. Das Farbkonzept orientiert sich an der ursprünglichen Farbigkeit der Tapeten.
Die alte Pfarrhelferei und das 2006 renovierte Nebengebäude bilden heute wieder ein klassizistisches Ensemble. Es ist ein Bauzeugnis des 19. Jahrhunderts und zugleich ein Bestandteil der Lungerer Lokalgeschichte. Das Beispiel zeigt, wie ein vermeintliches Abbruchobjekt mit einem verhältnismässig moderaten Aufwand restauriert werden kann. Das Haus bietet den heutigen Eigentümern ein besonderes Wohnambiente in historischen Räumen, ohne dass sie auf einen zeitgemässen Komfort verzichten müssten.

Dieser Artikel ist ein Auszug aus dem Buch *Wohnen im Denkmal – Obwaldner Baukultur im Gebrauch* (Werkstil, 2012, 228 S.)
→ *Wohnen im Denkmal* kann unter www.heimatschutz.ch/shop für CHF 78.– (für Heimatschutzmitglieder CHF 65.–) bestellt werden

ANCIEN PRESBYTÈRE, LUNGERN (OW)

Construit en 1867 dans le style néo-classique, l'ancien presbytère de Lungern est un témoin intéressant de l'histoire de ce village. Il a d'abord résisté à la catastrophe de juillet 1887 et s'est trouvé isolé de sa paroisse principale, déplacée dans un emplacement plus sûr, de l'autre côté du village. En 1985, il a perdu sa fonction à la suite du départ du dernier auxiliaire de paroisse. Décision a donc été prise de le mettre en vente. Les acheteurs potentiels étaient cependant très rares. La majorité de la population estimait quant à elle qu'il fallait abattre cette construction. Heureusement, le propriétaire actuel ne partageait pas cet avis. Il en a fait l'acquisition en 2000 et lancé les travaux de rénovation après la reconnaissance officielle de sa valeur patrimoniale et sa mise sous protection en 2004/2005.
Il s'agit d'une construction cubique d'inspiration classique typique, avec deux étages habillés de bardeaux au-dessus d'un rez-de-chaussée en maçonnerie. Son toit est à quatre pans. Ses façades parfaitement symétriques étaient à l'origine ornées de colombages crépis, mais l'instabilité du terrain a provoqué des fissures importantes. En 1900, le tout a été caché par du bois et des bardeaux. Les parquets et lambris intérieurs datant de cette époque ont été préservés. L'entrée a été déplacée, mais la répartition des pièces (une cave, une cuisine, une salle de bain et six pièces) a été maintenue. Les vitrages des fenêtres d'origine ont été doublés pour assurer une protection tant phonique que thermique. Les fenêtres d'hiver ont également été restaurées.
Les interventions effectuées se limitent aux installations techniques et à la conception de la salle de bains et de la cuisine. Cet objet menacé de démolition a ainsi pu être restauré de façon soignée à un coût modéré. Il offre un confort contemporain dans une ambiance authentique.

1 Sylke Kaske-Bürgi und Frank Bürgi mit Kora
Sylke Kaske-Bürgi et Frank Bürgi en compagnie de Kora

2 Die alte Pfarrhelferei in Lungern steht seit 2004/05 unter Denkmalschutz.
L'ancien presbytère de Lungern est inscrit au patrimoine depuis 2004/05.

3 Korridor im 2. Obergeschoss mit Leseecke
Le corridor au 2e étage avec un coin lecture

Sibylle Kathriner

3

Die Lehren von Lunik IX

Nicht nur in der Slowakei waren die Roma die grossen Wende-Verlierer – ihre Reintegration in die Gesellschaft ist Gemeinschaftsaufgabe

Gerne reisen westliche Journalisten in die malerisch verkommene Plattenbausiedlung Lunik IX bei Košice, um in wortreicher Anklage über das Elend der hier lebenden Roma zu berichten. Von der Komplexität der Zustände haben sie oft wenig Ahnung. Dabei hilft historisches Wissen bei der Hilfe zur Selbsthilfe.

Alena Wagnerová

Während das Drinnen gepflegt wird, entzieht sich das Draussen der Wahrnehmung – einer der besseren Wohnblocks in Lunik IX. ANNETTE HAUSCHILD / OSTKREUZ

Strenggenommen ist Lunik IX, die grösste Roma-Siedlung in der Slowakei, nur die abgewandte Seite der in ihrer Schönheit wieder strahlenden Altstadt von Košice mit ihrem Hauptplatz, dem Hlavné námestie. Viele Roma haben früher hier gewohnt und der alten Bausubstanz, die damals niemand schätzte, schwer zugesetzt. Als man dann in den achtziger Jahren beschloss, die Altstadt zu sanieren, siedelte man die Roma kurzerhand in die gerade aufgebaute Plattenbausiedlung Lunik IX am Rande der Stadt um. Seinen Namen bekam der neue Stadtteil nach den sowjetischen Mondsonden (Luna heisst auf Russisch der Mond), welche 1959 die ersten Bilder von der abgewandten Seite des Mondes brachten. Gebaut worden war die relativ komfortable Wohnstätte für die Angehörigen des Militärs und der Polizei, und man erwartete, diese zuverlässigen Kader würden den Roma ein nachahmenswertes Vorbild einer geordneten Lebensführung geben und positiv auf sie wirken. Die Genossen gaben aber dem Umzug in die Roma-freien Zonen der Stadt vor der pädagogischen Wirkung auf die Zugezogenen den Vorrang.

Zunehmende Verwahrlosung

So blieben die Roma in Lunik IX bald unter sich; durch den Zuzug von weiteren Mitgliedern der verzweigten Familien und die Räumung eines Roma-Dorfes wurden sie immer mehr, und die zuerst ganz ansehnliche Siedlung verkam zu einem Roma-Ghetto, einem nur besonders krassen Beispiel für die Situation, in der Roma fast überall im postsozialistischen Europa heute leben. Es war auch falsch, die Roma in Hochhäuser zu zwängen, die für kleine Zwei-Generations-Familien gebaut waren und für ihre Lebensweise im grossen Familienverband völlig ungeeignet sind.

Wenn auch das Gesamtbild der Siedlung heute den Eindruck einer zunehmenden Verwahrlosung macht, kann man hier nicht gerade selten über ein stinkendes, vermülltes Treppenhaus in eine kleinbürgerlich gepflegte saubere Wohnung gelangen, ausgestattet mit Standardmöbeln und einem Teppich, an der Wand ein Behang mit kämpfenden Hirschen oder Ähnlichem. Die Roma unterscheiden eben zwischen drinnen und draussen, das Drinnen wird gepflegt, das Draussen gilt als Ablagefläche, die einem egal ist, die man nicht wahrnimmt. In den zahlreichen Dokumenten, die man sich im Internet über Lunik IX anschauen kann, werden aber nur die verwahrlosten Treppenhäuser, herausgebrochene Eingangstüren, Liftschächte voller Dreck und die vermüllte Umgebung der Häuser festgehalten. Was die «Weissen» interessiert, ist das Draussen, das Drinnen aber, wo man der Lebensweise der Roma näherkommen könnte, sieht man nicht. Ein gutes Beispiel für dieses Drinnen und Draussen kann man in einem Roma-Dorf bei Medzev (Metzenseifen) nahe Košice sehen. Der am Ortsrand stehende mehrstöckige Wohnblock ist abrissreif, daneben aber befinden sich etwa drei Reihen einstöckiger Häuschen, einige davon mit kleinen gepflegten Vorgärten. Das Draussen ist hier wohl als eigenes Grundstück zum Drinnen geworden.

Die Roma, die vor 1989 in Lunik IX einzogen, hatten alle gearbeitet, so wollte es auch der Sozialismus, die meisten zwar in weniger qualifizierten Berufen oder als Hilfsarbeiter, aber immerhin. Die Arbeit und der Verdienst bedeuteten, dass sie im sozialen Gefüge oder wenigstens an seiner Peripherie eingebunden waren. Die Tür zum Aufstieg war für sie immerhin halb geöffnet, und einige haben die Chance auch genutzt. Nach der Wende von 1989, die der Mehrheitsgesellschaft die Freiheit brachte, hat sich die Situation der Roma dramatisch verschlechtert, und zwar nicht nur in Lunik IX, sondern im ganzen postsozialistischen Europa: Fast alle haben ihre bisherige Arbeit verloren; der neue Kapitalismus hat der sozialistischen Überbeschäftigung ein radikales Ende bereitet.

In Rumänien zum Beispiel sank die Zahl der Arbeitsplätze von 8 Millionen vor 1989 auf 4 Millionen in den folgenden Jahren. Ähnliches passierte auch in den anderen postsozialistischen Ländern. Bei den Entlassungen und beim Kampf um die restlichen Arbeitsplätze waren die Roma die Verlierer. Für die neuen Verhältnisse waren sie mit ihrer im Durchschnitt niedrigeren Qualifikation und ihrem Bildungsstand schlecht ausgerüstet. Und ihre traditionellen Fertigkeiten als Kesselflicker, Pferdehändler, Erntehelfer und Korbflechter waren schon längst nicht mehr gefragt. Nur die Musik blieb als Beschäftigungsmöglichkeit übrig. Auf dem Balkan, wo viele Sinti und Roma seit Jahrhunderten mehr oder weniger integriert lebten, kam noch der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien hinzu, von dem auch die Roma nicht verschont blieben, insbesondere in Kosovo nicht. Die Verfolgung und Verelendung setzte eine Emigrations- und Fluchtwelle in Gang, die letztlich auch Westeuropa erreichte.

Gutgemeinte Massnahmen

Nur das eine hat sich auch nach der Wende kaum geändert: die Behandlung der Roma als Objekte der oft gutgemeinten Massnahmen, als einer Masse, über deren Köpfe hinweg man entscheidet. Dass diese entwürdigende Art der Behandlung nicht ohne Folgen für das Selbstwertgefühl und das Verantwortungsbewusstsein für das eigene Schicksal bleibt und viele Roma sich einfach so verhalten, wie die Mehrheitsgesellschaft es von ihnen erwartet, ist wohl vielen nicht klar. Es befördern diesen *circulus vitiosus* im Übrigen auch die alten Vorurteile von der genetischen Minderwertigkeit und Unerziehbarkeit, welchen die Roma seit Jahrhunderten ausgesetzt sind.

«Und war der Täter nicht ein Jude?», pflegte Franz Kafkas Mutter mit Sorge in der Stimme zu fragen, wann immer sie von einem Verbrechen hörte oder las. Sie wusste zu gut, wie schnell ein solcher Fall zu Ausschreitungen gegen Juden ausarten kann, wie leicht diese zu Geiseln einer Kollektivschuld werden. Gegenüber Juden würde man sich es heute nicht mehr erlauben, die Roma werden aber immer noch für die Einzeltat eines ihrer Angehörigen pauschal alle verantwortlich gemacht.

Auf die Multikulturalität ihrer Stadt sind die Kaschauer recht stolz. Ungarn, Slowaken, Deutsche, Ruthenen, Juden, Tschechen leben hier in gutem Einvernehmen. Die Roma zählen nicht dazu, obwohl sie heute 10 Prozent der Bevölkerung der Slowakischen Republik ausmachen und mit 12 Millionen die grösste Minderheit in Europa darstellen. Nicht zuletzt sprechen sie mit Romanos eine internationale Sprache, mit welcher sie sich nicht nur untereinander, sondern wegen ihrer Wurzeln im Sanskrit sogar mit einem Inder verständigen können. Dies alles zählt wenig. Die Roma seien einfach faul und liessen sich vom Staat unterhalten, heisst es immer. Dass sie kaum Arbeit finden können, und dies inzwischen schon in der zweiten Generation mit all den für die Persönlichkeitsentwicklung zerstörerischen Folgen, interessiert nur wenige. Warum soll man in die Schule gehen und lernen, wenn man keine Perspektive hat, von der Armut wegzukommen? In Lunik IX leben heute 6000 Menschen, die Hälfte davon sind Kinder. Etwa ein Drittel der Roma sind in Osteuropa inzwischen Analphabeten, 90 Prozent sind arbeitslos, und 80 Prozent leben von der Sozialhilfe, die im Durchschnitt etwa 60 Euro pro Monat pro Person beträgt. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Roma liegt bei 57 Jahren.

In ihrer schönen Altstadt gehen die Kaschauer zufrieden ihren Besorgungen nach, während in Lunik IX die Roma Tag für Tag in Kanistern von einem Tankwagen Wasser in ihre Wohnungen schleppen, das wegen der enormen Aussenstände in der Bezahlung einfach abgestellt wurde, ebenso wie für einige Stunden am Tag der Strom. «Warum hat aber die Wohnungsverwaltung die Schulden so stark anwachsen lassen und packte nicht auch das Problem der nicht bezahlten Mieten früher an?», fragt Jarmila Váňová, die Chefredaktorin von Mecem, der Roma-Medien-Agentur, die seit zwölf Jahren die Öffentlichkeit über die Probleme der Roma-Kommunität informiert, in Romanos Radio- und Fernsehsendungen produziert und inzwischen bei Roma als Anlaufstelle bei Problemen geschätzt wird.

Geschlampt haben nicht nur die Roma, sondern auch die Wohnungsverwaltung, die sich letztlich für eine radikale Lösung entschieden hat: Am 27. Juli 2012 stellte sie den Einwohnern des grossen Wohnkomplexes in der Siedlung sofortige Kündigungen mit der Begründung der Baufälligkeit des Gebäudekomplexes zu und liess das Gebäude einfach abreissen. Nur 2 von 35 Mietern bekamen Ersatzwohnungen, manche zimmerten sich in dem nahen Wald neue Behausungen zusammen. Überlebensstrategien haben die Roma seit Jahrhunderten trainiert.

Das Elend von Lunik IX, der Roma-Dörfer in der Slowakei und anderswo ist nicht ohne Anziehungskraft für sensationshungrige Journalisten und Medien aus ganz Europa geblieben. Die Roma werden dabei zu Statisten ihres Elends degradiert. Aus der Ferne und ohne Kenntnis der Komplexität der Roma-Frage empört man sich gerne über die Diskriminierung und Segregation der Roma in den postsozialistischen Ländern. Als aber die Roma-Flüchtlingswelle Westeuropa erreichte, fielen die Reaktionen hier nicht weniger aggressiv aus als in Osteuropa. In einem Blog wurde sogar die Wiedereinführung der Todesstrafe vorgeschlagen.

Immerhin hat die Roma-Frage inzwischen, auch dank der Roma-Dekade 2005 bis 2015, Konjunktur, und von den europäischen Forschungsprojekten zu ihren verschiedensten Aspekten der Roma-Existenz kann man auch, vor allem als «Weisser», ganz gut leben. Das Ergebnis ist manchen Projektanten dabei eher gleichgültig. Das Thema hat aber auch die Roma-Aktivisten mobilisiert und es zum Gegenstand einer gesamteuropäischen Debatte gemacht. Ein Hoffnungsschimmer? Ein Langstreckenlauf in jedem Fall.

Vor allem ein Armutsproblem

«Die Roma müssen sich ändern», hört man oft insbesondere aus dem Mund der Politiker. Das heisst, die Roma sollen sich den Standards der Mehrheitsgesellschaft anpassen. Nur, die Lösung der Roma-Frage ist keine Einbahnstrasse. Auch die Mehrheitsgesellschaft muss sich in ihrem Verhältnis zu den Roma ändern, die alten Vorurteile abbauen, deren Eigenart akzeptieren, will man, dass auch sie unsere Standards akzeptieren. Das Wichtigste ist aber, das Roma-Problem als ein Armutsproblem und nicht als Problem einer «minderwertigen Ethnie» zu verstehen, «die jetzt über uns herfällt». Dies kann man freilich nicht mit der Erhöhung der Sozialhilfe lösen, die die Menschen in Passivität und Abhängigkeit belässt, sondern nur durch Beschäftigungs- und Qualifikationsangebote. Fordern und fördern müsste man, das Vertrauen aufbauen, die Roma dort abholen, wo sie heute sind und wo auch ihre Stärken liegen und ihre Identität: in dem Zusammenhalt des Familienverbandes, in ihrer Sprache und in dem starken Gegenwartsbezug, der ihnen freilich auch das Sparen und Wirtschaften schwermacht. Nur: Wozu sparen, wenn man keine Zukunft vor sich sieht?

Alena Wagnerová, geboren in Brünn, lebt in Saarbrücken und Prag und publiziert in der NZZ regelmässig zu tschechischen Themen.

Autobahn überwinden – ohne Deckel

Von Markus Dütschler.

Eine Wohnüberbauung über der Autobahn A 6 – ganz ohne Tunneldeckel: Diese Idee möchte eine Interessengemeinschaft in Muri prüfen lassen. In Berlin gibt es einen solchen Bau seit über 30 Jahren.

Überdeckt künftig eine Wohnsiedlung die A 6 (hier beim Saali)?
Bild: Manu Friederich

Es war eine kalte Dusche für die Stadt Bern und die Gemeinde Muri: Die A 6 zwischen Wankdorf und Muri wird nicht in einen Tunnel versenkt, so entschied der Bundesrat letzte Woche.

Das weit herum begrüsste Projekt hätte Anwohner in den Quartieren Ostring, Saali, Thoracker, Füllerich und Melchenbühl vom Lärm der immer stärker befahrenen Verkehrsachse befreien sollen. Nun muss davon ausgegangen werden, dass die Untertunnelung für die nächsten 20 Jahre vom Tisch ist.

Wohnen über der Autobahn?

Die IG Muriguemligen will nicht eine Generation lang warten, ob sich an der A 6 etwas tut. Die Bürgervereinigung – sie hiess wegen ihres Engagements für den historischen Bauernhof Multengut bisher IG Multengut – engagiert sich laut Eigendeklaration nun generell für den Umwelt-, Landschafts- und Denkmalschutz und für «eine massvolle und nachhaltige Siedlungs- und Verkehrsentwicklung».

Die zwei letztgenannten Ziele möchte die überparteiliche IG mit einer Klappe schlagen: eine Wohnüberbauung direkt über der Autobahn. Für IG-Vorstandsmitglied Thomas Ott ist dies kein Luftschloss, wie er auf Anfrage sagt: Direkt über der Autobahn liesse sich ungefähr zwischen Saali und Seidenberggässchen eine Wohnsiedlung realisieren. Die IG wünscht, dass ein Architekturwettbewerb durchgeführt wird.

Falls Bern mitmacht, würde die Siedlung auf Stadtberner Gebiet beginnen und sich dann bis zum Autobahnabschnitt zwischen Muri und Gümligen erstrecken. Für Ott liegt der Clou darin, dass es keinen Tunnel brauchte: Die Überbauung übernähme die Lärmschutzfunktion. Im Fall der Westside-Überbaung war das anders: Damals erklärte sich die Migros zur Investition in den Betondeckel bereit, was das Grossprojekt erst ermöglichte.

Architekten-Projekte liegen vor

Wohnen über der Autobahn: Was sich utopisch anhört, ist nicht so weltfremd, wenn man den Überlegungen von Schweizer Architekten wie Claude Schelling und Rolf Schoch glauben darf. Beide gehen von der Überlegung aus, dass die Flächen, die für Verkehr verbraucht wurden, für das Wohnen zurückerobert werden können, indem man über der Strasse Häuser errichtet.

Schoch hat mit «Forest Hill Bern» eine Ideenskizze für ein solches Gebäude im Berner Bremgartenwald vorgestellt. Laut einem Bericht im «Beobachter» findet das Bundesamt für Strassen (Astra) die Ideen gut: Sie seien bestechend, nicht zuletzt aus raumplanerischer Sicht.

Muri: Vorsichtiges Interesse

In der Gemeinde Muri haben die Stimmberechtigten im Juni 2012 überraschend eine Tranche der Ortsplanungsrevision (OPR) versenkt. Seither überlegen sich die verunsicherten Politiker, welche Planungsschritte beim Souverän Gnade finden könnten. Die exotisch wirkende Autobahnüberbauung erscheint vor diesem Hintergrund etwas gewagt.

Gemeindepräsident und «Planungsminister» Thomas Hanke (FDP) findet die «noch sehr unkonkrete Idee grundsätzlich prüfenswert», möchte sich aber nicht konkret äussern, bevor die Rahmenbedingungen geklärt sind. Die weiteren Schritte der OPR werde der Gemeinderat in einer Klausur erst noch erörtern. Hankes Parteikollegin, Baudirektorin Barbara Künzi-Egli, findet die Idee «noch sehr utopisch», verschliesst sich aber einer Prüfung nicht.

FDP-Präsident Adrian Kauth bestätigt, dass die Partei – wie die meisten anderen Ortsparteien – von der IG kontaktiert wurde. Die Wohnungen müssten preislich vergleichbar sein und sich ins Ortsbild einfügen, und das «grundsätzliche O. K.» aller Beteiligten müsste vorliegen.

SP-Parteipräsident Matthias Manz findet die Idee prüfenswert. Sie lasse sich aus topografischen Gründen am ehesten im Bereich Saali/Egghölzli realisieren, wo bereits Hochhäuser stünden. Er empfiehlt, ein solches Projekt, das in erster Linie auf Stadtberner Boden zu liegen käme, mit der Stadtregierung zu erörtern. Ein riesiges Gebäude über der A 6 zwischen Muri und Gümligen hält Manz für illusorisch: «Das würde von der Bevölkerung kaum akzeptiert.»

Die SVP auferlegt sich «keine Denkverbote», wenn es «um möglichst viel Lärmschutz» für die Bevölkerung geht. Auf Anfrage teilte sie mit, dass sie bezüglich der Finanzierung eher skeptisch sei, und dies, obwohl die Investoren dank der Lage über der Strasse einen «Landwertgewinn» erzielten. (Der Bund)

Tschäppät: «Die Planung Oststadt geht weiter»

Von Bernhard Ott. Aktualisiert am 12.04.2013

Das Quartier fordert eine Überdachung beim Ostring. Für Stadtpräsident Alexander Tschäppät (SP) bleibt das Saali auch mit Autobahn eine «attraktive Wohnlage».

Für Alexander Tschäppät (SP) macht die Planung Oststadt nicht von der Untertunnelung der A6 abhängig.
Bild: Franziska Scheidegger (Archiv)

Der Autobahn-Bypass zwischen Wankdorf und Muri hätte im Stadtteil Kirchenfeld-Schosshalde den Bau eines neuen Quartiers ermöglicht. Mit der sogenannten Oststadt könnte ein Bauvolumen von 100 000 bis 150 000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche im Raum Ostring und im Saali realisiert werden.

«Die Oststadt stellt einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Wachstumsfrage der Stadt Bern dar», sagte Stadtplaner Mark Werren. Zudem könnte mit der Untertunnelung der Autobahn eine «Stadtreparatur» vollzogen werden, da das Quartier von der Autobahn zerschnitten werde.

Daraus dürfte in den nächsten Jahren nun kaum etwas werden. Sabine Schärrer, Geschäftsführerin der Quartierkommission Stadtteil IV (Qua4), spricht von einer «mittleren Katastrophe», falls tatsächlich nie mehr Bundesgeld für die Untertunnelung des Autobahnabschnittes fliessen würde. Sie vertraut aber darauf, dass Stadt und Kanton dies verhindern können. «Das Projekt ist derart vernünftig und städtebaulich sinnvoll, dass man es nicht stoppen kann.»

Mit einer Verzögerung von 10 bis 15 Jahren müsse nun aber wohl gerechnet werden. Zum Schutz des Quartiers drängten sich für die Jahre bis 2030 allerdings flankierende Massnahmen auf. «Eine Überdachung der Autobahn zwischen Freudenbergerplatz und Zentrum Paul Klee wären uns die Verantwortlichen eigentlich schuldig», sagt Schärrer.

Kriterium für Burgergemeinde

Stadtpräsident Alexander Tschäppät (SP) weist darauf hin, dass es im Gebiet Saali nach wie vor eingezontes Bauland gebe. «Die Planung Oststadt geht weiter.» Bei einer Untertunnelung der Autobahn hätte es sich um ein «sensationelles Wohngebiet» gehandelt. Aber auch mit Autobahn sei die Wohnlage nach wie vor attraktiv. «Man kann auch in diesem Fall bauen», sagt Tschäppät.

Dies werde zurzeit etwa im Gebiet Schönberg-Ost getan, wo entlang der Autobahn ein Gebäuderiegel mit Dienstleistungsnutzung errichtet werde. Die Frage sei aber, ob die Burgergemeinde als Grundeigentümer dazu Hand bieten würde, sagt Tschäppät. Bisher hat die Burgergemeinde ihr Einverständnis zur Planung einer grösseren Wohnüberbauung von der Untertunnelung der Autobahn abhängig gemacht.

Bund müsste «Deckel» bezahlen

Falls in absehbarer Zeit tatsächlich kein Bundesgeld für den fraglichen Autobahnabschnitt in Berns Osten fliessen sollte, befürwortet auch der Berner Stadtpräsident flankierende Massnahmen zur Entlastung des Quartiers vom Lärm. «Wer bezahlt aber eine Überdachung der Autobahn zwischen Freudenbergerplatz und Zentrum Paul Klee?»

Der klamme Kanton komme dafür wohl kaum infrage. Der «Autobahndeckel» müsste grossmehrheitlich durch Bundesgeld finanziert werden, sagt Tschäppät. Ob der Bund eine solche Ausgabe in Erwägung ziehen werde, sei aber höchst ungewiss. (Der Bund)

Zum Platzsparen gezwungen

Von Markus Dütschler

Über die Autobahn A 6 in Bern könnte dereinst eine Wohnsiedlung gebaut werden. In Berlin gibt es ein solches Gebäude bereits.

«Die Schlange», die Wohnsiedlung über der Autobahn, hat in Berlin nicht nur Freunde.
Bild: zvg

Die Projekte von Schweizer Architekten für Autobahnüberbauungen sind noch Luftschlösser, doch in Berlin gibt es im Stadtteil Wilmersdorf seit über 30 Jahren einen solchen Bau. Das Gebäude an der Schlangenbader Strasse, im Volksmund «Schlange» genannt, enthält über tausend Wohnungen, ist an der höchsten Stelle 14 Stockwerke hoch und erreicht eine Gesamtlänge von 600 Metern. Zwischen Fahrbahn und Gebäude befinden sich 760 Autoeinstellplätze.

Das Motiv für den Bau der «Schlange» war die Tatsache, dass das von der DDR-Grenzmauer umgebene West-Berlin nicht in die Agglomeration hinauswachsen konnte. Die Wohnungsnot war gross, und in den bereits realisierten Trabantenstädten – etwa Märkisches Viertel oder Gropiusstadt – zeigten sich soziale Probleme. Auch in der «Schlange» gab es solche, doch wurden sie durch Investitionen und Gegenmassnahmen

entschärft. Die «Schlange» wurde 2002 mit dem Renault Traffic Design Award ausgezeichnet.

Richard von Weizsäcker, einst Berlins regierender Bürgermeister und später Bundespräsident, soll gesagt haben: «Wenn der Teufel dieser Stadt etwas Böses antun will, lässt er noch einmal so etwas wie die ‹Schlange› bauen.» Seine Kritik war nicht auf die Autobahnüberdeckung gemünzt, sondern auf Kriminalität und Vandalismus, die damals in diesem sozialen Wohnbauprojekt grassierten. (Der Bund)